

# Der Schlorrendorfer

• EINE ZEITUNG FÜR LEUTE IN CHARLOTTENBURG •

NR. 16 April/Mai 1981

Kostenlos

Auflage 5000



**AKTIONSTAGE!**

Die Charlottenburger Instandbesetzer  
machen Straßentheater.  
Ihre Forderung : HITZEFREI FÜR DIE POLIZEI

**SPD**  
**CDU**  
**PUF**  
**FDP**

# Mietpreisbindung? Äh... ja, aber...

Eingeladen hatte das "Kiezbündnis gegen den Weißen Kreis", auf das Podium des Café Schlotte waren gekommen die SPD-Bundestagsabgeordneten Wartenberg und Diederich, die Mitglieder des Westberliner Abgeordnetenhauses Simon (CDU) und Vetter (FDP), sowie die Spitzenkandidatin der Alternativen Liste für die Wahl zur Charlottenburger Bezirksverordnetenversammlung, Annemarie Nikolaus, vielen bekannt aus der Mieterinitiative Klausener Platz. "Wahlkampf - eine Chance für die Berliner Mieter?" - Zu diesem Thema stellten Vertreter des Kiezbündnisses, der "Neuen Charlottenburger Rundschau", des Berliner Mietervereins, der Jusos, der SEW, aber auch politisch-organisatorisch nicht festlegbare Mieter aus dem Kiez Fragen an die Herren und die eine Dame auf dem Podium.

### SCHWARZER KREIS

Das Publikum hörte voll Erstaunen, daß alle Hathauparteien schon längst, seit Mitte oder Ende letzten Jahres, wieder für die Beibehaltung der Mietpreisbindung seien, und zwar aus besserer Einsicht - allein: dem Publikum fehlte der Glaube. Es applaudierte, als Annemarie Nikolaus behauptete, die Rückwendung zur Mietpreisbindung sei eine Reaktion auf die Bewegung gegen den 'Weißen Kreis' im letzten Jahr und die Instandbesetzungen. Außerdem meinte sie, daß die "Modifizierungen", die die PUF der Mietpreisbindung angeheißen lassen wollen, auf alle Fälle kräftige Mietsteigerungen bedeuten.

Es stellte sich dann auch heraus, daß die CDU unter Mietpreisbindung inzwischen die Bindung der Mietsteigerungen (und zwar nur bei bestehenden Mietverhältnissen) an die allgemeine Preissteigerung versteht; die SPD will einen nebulösen Ausschuß (Publikum: "Und wer sitzt da drin?") über "angemessene" Mietsteigerungen entscheiden lassen. Denn: Mieterhöhungen sind unabdingbar wegen der Kosten für Instandhaltungen. Da verstand Nils Diederich (SPD) sich bestens mit Herrn Vetter von der FDP. "Ja, da könnt ihr(!) blöd lachen!" So Herr Diederich, als der Unglaube des Publikums unüberhörbar wurde.

Die AL-Vertreterin forderte hingegen einen Mietstopp und wies darauf hin, daß das Problem der immensen Mietsteigerungen durch Modernisierung bisher völlig unberücksichtigt geblieben sei.

### § 31 BUNDESMIETENGESETZ

Auf die Frage nach der Anwendung des § 31 des Bundesmietengesetzes, der vorsieht, daß der Staat die Instandsetzung und -haltung anstelle eines untätigen Hausbesitzers vornehmen und sich dafür einen Teil der Mieteinnahmen holen kann, kamen zunächst gar keine Antworten; auf Nachfrage stellte sich dann heraus, daß wieder mal a l l e für seine Anwendung waren. Fragt sich nur, warum er nicht angewendet wurde und wird.

Nun, wer es noch nicht wußte, konnte es hier erfahren: Abgeordnete können nur reden, Vor-

schläge machen, aber nichts tatsächlich durchsetzen. Das liegt alles an den Strukturproblemen der Verwaltung und an den führenden Persönlichkeiten - wie z.B. Vogel (Wartenberg).

### ENDE DER INSTANDHALTUNGSPFLICHT?

Nikolaus (AL): Der Profit ist zu niedrig, und deshalb soll die Lage auf dem Wohnungsmarkt durch Profiterhöhung 'verbessert' werden (wie ja Bundeswohnungsbauminister Hauff, die Haus- und Grundbesitzer und die CDU meinen). Sie hingegen meine, daß die Mieten hoch genug seien und notwendige Instandsetzungen nicht zum Vorwand für Mieterhöhungen genommen werden dürften.

Den von Diederich (SPD) gemachten Vorschlag, Mieterhöhungen an die Durchführung von Instandhaltungsmaßnahmen zu binden, bezeichnete sie richtig als Abschaffung des Rechtes der Mieter auf Instandhaltung; denn wer nicht instandhalte, könne trotzdem weiter kassieren. In diesem Zusammenhang bezeichnete sie das 20-Millionen-Instandsetzungsprogramm des Senats als Aufweichung der Instandsetzungspflicht der Hausbesitzer, denn die würden ja garnicht einsehen, wieso sie etwas aus der eigenen Tasche zahlen sollten, was sie demnächst vielleicht vom Staat geschenkt bekämen. Auf jeden Fall würden sie so noch für ihre Unterlassungen in der Vergangenheit belohnt! Besser sei die Enteignung, wenn die Hausbesitzer ihrer Instandsetzungsverpflichtung

nicht nachkämen. Außerdem seien stärkere Kontrollmöglichkeiten für die Mieter notwendig. Auch Wartenberg (SPD) bezeichnete das 20-Millionen-Programm schlichtweg als falsch und forderte die Begrenzung der Miete nach erfolgter Modernisierung auf DM 4,50 pro Quadratmeter, wie es auch der Berliner Mieterverein fordert. Sein Wort als Abgeordneter in Gottes Ohr!

Simon (CDU) meinte, das 20-Millionen-Programm sei Augenwischerei und wies darauf hin, daß jährlich für die "Freimachung",

seit 1889 in Charlottenburg

**GOLDSCHMIEDE**

&

**JUWELIER**

**UMARBEITUNGEN**

**NEUANFERTIGUNGEN**

**REPARATUREN**

**VON GOLD- U.**

**SILBERWAREN**

**ALLER ART**

**BEHAIMSTR. 6**

Hartmann

Tel.: 341 59 66

**Systemdruck GmbH**

**Offset - Schnelldruck**

**Telefon: 313 60 46**

**An der TU, Hardenbergstr. 35**

d.h. Entmietung, genausoviel ausgegeben werde, womit er noch untertrieben haben dürfte.

#### UMWANDLUNG

Nikolaus (AL) forderte absolutes Kündigungsverbot bei der Umwandlung von Wohnraum in Eigentumswohnungen. (Zur Zeit ist "...in Berlin...ein zum Zeitpunkt der Umwandlung bestehendes Mietverhältnis wegen Eigenbedarfs des neuen Eigentümers in der Regel (!) vorerst (!) bis zum 31. Dezember 1984 absolut (!) unkündbar." So der Senat in einer Broschüre vom März dieses Jahres.)

#### "GEWALT WAR NÖTIG"

Zwischen (linker) SPD (Wartenberg) und Simon (CDU) bestand Übereinstimmung in der Frage, daß die Mieter- und vor allem die Instandsetzungsbewegung mehr von den "verkru-steten Strukturen" aufgekackt haben, als z.B. Abgeordnete in Parlamenten es jemals könnten. Gewalt sei offensichtlich notwendig gewesen, um die Zuständigen auf die bestehenden Probleme aufmerksam zu machen. Das sei schlimm und wäre natürlich nicht passiert, hätte man früh genug auf die CDU gehört (Simon). Annemarie Nikolaus (AL) erntete wieder breite Zustimmung des Publikums, als sie meinte, die Wahl sei eben nicht genug; nur gemeinsamer Widerstand aller Betroffenen könne was bewegen.

Unbeantwortet bleiben mußte die Frage, weshalb denn der für die Wohnraumzerstörung bei der Gesobau (die besonders viel Aufsehen erregt hat, weil 'aus Versehen' auch noch bewohnte Räume demoliert wurden) Verantwortliche nicht in den Knast gewandert sei und warum sich in so einem Fall die Polizei so zurückhalte.

#### AMNESTIE ?

Alle Diskussionsteilnehmer - mit Ausnahme der Vertreterin der AL - lehnten eine Amnestie der belangten Instandbesetzer zum jetzigen Zeitpunkt ab. Die SPD Charlottenburgs hat sich

inzwischen für eine Amnestie ausgesprochen, was sich aber wahrscheinlich nicht mal im Wahlprogramm niederschlagen wird. Die einzige, die darüberhinaus eine Legalisierung der Instandbesetzungen forderte, war Annemarie Nikolaus.

Als wir billige Wohnungen wollten,  
ließen sie Häuser leerstehen  
als wir gemeinsam im Kiez leben wollten,  
rissen sie ganze Blocks nieder,  
bauten sie Betonkästen dorthin,  
verlangten sie Wuchermieten.  
als wir dagegen demonstrierten,  
ignorierten sie uns.  
als wir Häuser besetzten,  
sagten sie, wir seien Kriminelle.  
als wir damals verhandeln wollten,  
drohten sie mit Räumung.  
als wir protestierten,  
schlugen sie uns ihre Knüppel auf den Kopf,  
sagten sie, wir seien kriminelle Gewalttäter.  
als wir schrien,  
räumten sie,  
denn von uns geht die Gewalt aus, sagen sie,  
warfen sie Tränengas,  
denn von uns geht die Gewalt aus, sagen sie,  
fertigten sie Terrorurteile,  
denn von uns geht die Gewalt aus, sagen sie,  
*wir glauben ihnen nichts mehr.  
wir werden danach handeln.*

Zum Treffen, Reden, Trinken, Schlemmern:

# DIE IGEL-KNEIPE

für ALLE

geöffnet 17.00 - 2.00 Uhr

Pfalzburger Straße 20/21



'Schlosspark' Nr 20, März 1982

JEDEN TAG AB 16<sup>00</sup>  
**ALT BERLINER CAFÉ KNEIPE**  
WARME UND KALTE KÜCHE

**Zum Anker**

LOHMEYER STRASSE ECKE  
CHARLOTTENBURGER UFER  
BERLIN 10 - RUF 3 42 24 92

AM  
SCHLOSS  
PARK

Erst Besetzerinnen geräumt -  
jetzt EDEKA-Laden vertrieben !!

Ein trauriges Bild bot der Edeka-Laden Lohmeyer-/Ecke Losanderstraße am 1. März: Die fast leeren Regale wurden abgebaut, Kassen, Waagen u. restliche Inneneinrichtung abtransportiert.

Seit 15 Jahren versorgten die Inhaberin und fünf Angestellte die Gegend mit Lebensmitteln.

"Hat der neue Manns-Markt an der Otto-Suhr-Allee sich auf den Umsatz ausgewirkt?" fragten wir.

"Ach was, wir wären uns überhaupt nicht in die Quere gekommen. Da ist doch der Damm dazwischen. Das waren hier alles Stammkunden, die jetzt weinen."

Aber die GIV, Grund Immobilien- u. Vermögensverwaltung, Kurfürstenstr., hat den Laden geschafft: Durch eine Mieterhöhung von 800,-- auf 5.000,-- Mark zwang sie ihn, zu schließen, schickte sie sechs Berufstätige zum Arbeitsamt. Da es sehr unwahrscheinlich ist, daß das Ladenlokal zu diesem Preis dort überhaupt vermietbar ist - die GIV hat noch keinen Nachmieter - bleibt nur die Vermutung, daß es sich hier um eine Fortsetzung der Entmietung handelt, die schon vor mehr als einem Jahr begonnen hat.

Lange stand eine Hochparterre-Wohnung leer, bis sie im Frühjahr 1981 von drei Frauen besetzt wurde. Die GIV ließ polizeilich räumen, die Wohnung stand wieder leer, und scheint auch noch heute leer zu stehen.

Die Polizei, Dein Freund und Helfer!

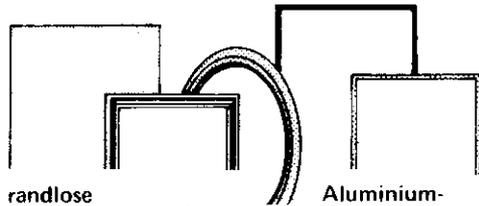
Schon im Februar vorigen Jahres hatten die Mieter des Hauses die Mitteilung vom Bezirksamt erhalten, daß die Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt werden sollen. Und der Besitzer hat die Modernisierung angekündigt.



Auf telefonische Anfrage teilte er uns mit, daß damit noch in diesem Jahr begonnen werden soll.

Die Mieter, die die Besetzung größtenteils begrüßt hatten (wenn manche auch die aufgehängten Transparente störten), haben bisher gemerkt, daß Instandhaltungsarbeiten nicht vorgenommen wurden und beabsichtigen, gemeinsam zu verhindern, daß durch Luxusmodernisierung die Mieten so unbezahlbar werden wie im Laden unten.

## BILDER RAHMEN



randlose  
Glas-Wechsel-  
rahmen  
13/18-60/80 cm,  
auch in  
quadratischen  
Formaten,  
30/40 cm =  
9,50

echte  
Holzrahmen  
auch in oval,  
verschiedene  
Profile und  
Farbtöne,  
ab 7,95

Aluminium-  
Wechsel-  
rahmen  
13/18-70/100 cm,  
normales oder  
Antireflexglas,  
30/40 cm = 27,-

Alu-Leisten  
zum Rahmen-  
selbstbau!

**SPECTRUM**

SPECTRUM FOTO · ZILLESTR. 71 · BERLIN 10 · TEL. 3419201

# WOHNUNGEN ZU VERMIETEN

In der Fritschestraße 65 stehen nach wie vor 10 Wohnungen leer. Der Schlorrendorfer berichtete darüber.

Das ist schon seit mehr als 2 Jahren so, spätestens seit Oktober aber ist es auch nach geltendem Recht illegal: die Leerstandsgenehmigungen sind abgelaufen. Und da sich bisher noch niemand gefunden hat, der zwischen 100 000 und 350 000 Mark für eine der Wohnungen hinblättern kann, stehen sie weiterhin nutzlos rum. Schade.



Schade? Eine Schweinerei ist es, wenn wir die Wohnungsnot bedenken! Die Staatsanwaltschaft allerdings hält es für ein Vergehen, wenn empörte Anwohner sich diese Schweinerei mal aus der Nähe ansehen wollen. Gegen die Frau, die die presserechtliche Verantwortung für ein Flugblatt der Initiative gegen Wohnungsleerstand im Nassen Dreieck übernommen hatte, wurde ein Verfahren wegen Aufrufs zu einer strafbaren

Handlung eingeleitet: sie hatte es gewagt, Nachbarn zu einer Begehung des Schandflecks einzuladen.

Glücklicherweise wurden die Leute, die die Wahrheit über das Haus an seine Fassade geschrieben haben, nicht erwischt: das ist nämlich Sachbeschädigung. Aber (frei nach Brecht): Was ist die Beschriftung einer Fassade gegen den Leerstand eines Hauses?!

Nun ja, das für solche Fälle zuständige Landesamt für Wohnungswesen hat tatsächlich schon mal jemanden vorbeigeschickt, aber mehr als ein Zwangsgeld wird dabei nicht herauskommen. Das wird der Eigentümer lässig bezahlen, weil es in keinem Verhältnis zu seinen finanziellen Vorteilen durch den Leerstand steht.

Also ist die Initiative weiterhin aktiv:

Ein Gespräch mit Baustadtrat Antes verdeutlichte nicht nur, daß er in dieser Sache machtlos ist, sondern möglichst viele Wohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt sehen möchte - wie in der Fritschestraße 65 ?

Einen offenen Brief der Initiative, der die sofortige Vermietung der leerstehenden Wohnungen und ein Gesetz fordert, das es möglich macht, daß leerstehende Wohnungen an Wohnungssuchende vergeben werden - ob es dem Besitzer paßt oder nicht - unterstützten bisher über 200 Anwohner der Fritsche- und Zillestraße zwischen Kaiser-Fried-

## Fischer Heizungsbaugesellschaft mbH

Richard-Wagner-Straße 37  
1000 Berlin 10  
Telefon 342 21 37



rich-, Bismarck- und Schloßstraße. Bausenator Rastemborski wurde er auf einer Veranstaltung im Rathaus Charlottenburg öffentlich überreicht, dem Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung in seinem Dienstzimmer. Auch der Presse wurde er zugesandt.

Ein paar Leute von der Initiative besuchten den Besitzer, einen Fachanwalt für Steuerrecht (!) in seinem Büro, um ihn mal persönlich zu fragen, was das soll. Die Initiative plant - sobald das Wetter ein bißchen besser ist - einen Spaziergang zu den leerstehenden Häusern hier im Kiez, und später vielleicht ein Straßenfest.

Wer interessiert ist daran, bei der Vorbereitung mitzuarbeiten, rufe 342 59 61 (Hartwig) oder 341 92 32 (Reinhard) an.



F.-J. Strauß

Achtung, diese Ausgabe DER SCHLORRENDORFER enthält Artikel bzw. Textversuche, die Satire sein sollen. Um die Satire nicht durch den Vermerk: Vorsicht Satire zu zerstören wurde absichtlich auf derartige Vermerke verzichtet - also Vorsicht Satire!

Zum Treffen, Reden, Trinken, Schlemmern:

# DIE IGEL-KNEIPE

für ALLE

geöffnet 17.00 - 2.00 Uhr Pfälzburger Straße 20/21

FDGG

# K R U M M E T O U R E N I N D E R K R U M M E S T R A S S E

## EINE EINLADUNG AN HAUSBESETZER

stellt der Leerstand von 5 Wohnungen im Hause Krumme Str. 12 (zwischen Zillestr. und Stadtbad) dar.

Zum Teil schon seit einem Jahr vermietet der Besitzer, Herr Mandelbaum, die Wohnungen nicht wieder. Weil er modernisieren will, sagt er.

Aus dem gleichen Grund wohl kriegt der Gemüseladen dort immer nur Mietverträge von halbjähriger Dauer (üblich sind 5 oder 10 Jahre!). Und für die leerstehende Kneipe, die laut Aushang zu vermieten sein soll, verlangt Herr Mandelbaum 2.000,-DM Monatsmiete; nicht ohne gleich von sich aus nachzufragen, ob das für den sich daraufhin meldenden Interessenten nicht doch zu viel sei.

Auch bietet er Alternativen auf "anderen Grundstücken", die er besitzt, an.

Dieses Haus soll offensichtlich so leer wie möglich sein und bleiben!

Das Landesamt für Wohnungswesen (LAW), das der gewiefte Schreiber natürlich gleich informiert, zeigt sich völlig desinteressiert: "Solange Maßnahmeverhandlungen laufen (??), ist eine Leerstandgenehmigung nicht erforderlich. Warum das alles so lange dauert, weiß ich nicht. Wenden Sie sich an die Sanierungsverwaltungsstelle."

Auf gut Glück frage ich im Rathaus nach sowas: ja, gibts! Aber die Sanierungsverwaltungsstelle hat seit 1 1/2 Jahren nichts mehr mit Herrn Mandelbaum am Hut. Ursprünglich sollte abgerissen werden, aber man konnte sich nicht über den Preis einigen. Und da jetzt für die leeren Grundstücke Krumme Str. 11 + 13 Wohnbebauung vorgesehen sei, gebe es auch keinerlei Verhandlungen mehr und das LAW (Landeswohnungsamt) sei zuständig für den Leerstand. Na schön.

Also zum LAW: "Na sowas. Garnicht gewußt. Sind nicht informiert worden. Gleich mal nachfragen. Schwarz auf weiß. Jawohl, machen wir!" Knicks, Verbeugung.

Ob ich denn erfahren kann, was aus der Leerstandsanzeige wird, will ich wissen: "Nein, Sie sind nicht Verfahrens-beteiligter, Datenschutz, Sie verstehen. Sie erfahren nichts!"

### Fazit:

Zehntausende suchen eine Wohnung. Zehntausende von Wohnungen stehen leer.

5 davon in der Krumme Straße Nr. 12. Seit einem Jahr unbeanstandet, angeblich weil eine Behörde die andere nicht informiert hat bzw. weil irgendwer vielleicht garnicht tätig werden will.

Denn man könnte ja auch nachfragen, von Amts wegen. So-was geht ja. Spätestens wenn ne Leerstandsanzeige kommt.



## Damals... und heute



**DER BROTGARTEN**

Die **BIOLOGISCHE** **VOLLKORN-BÄCKEREI** im Kiez  
Seelingstr. 30  
Tel: 3228660